

01) „Němci ven! Deutsche raus“ – ein Film von Simon Wieland

Ein großer Erfolg, der den Bekanntheitsgrad unserer Volksgruppe und ihrer (Vertreibungs-) Geschichte deutlich steigern könnte: Der Dokumentarfilm von Simon Wieland über den **Brünner Todesmarsch** ist neuerdings über die Plattform „Vimeo“ **weltweit** abrufbar, [den Trailer können Sie kostenfrei hier ansehen](#).

<https://vimeo.com/ondemand/nemcivendeutscheraus/187636508?autoplay=1>

[„Němci ven! Deutsche raus“](#) ist ein bewegender Film, der Vertriebene und Vertreiber auf ihrer dramatischen Reise in die unbewältigt schwelende Vergangenheit begleitet. Ein Film, der die Zeitzeugen sprechen lässt, niemals urteilt und Geschichte als das dokumentiert, was sie zuallererst ist: als die Geschichten von Menschen...

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 36, 2021

Wien, am 23. März 2021

02) Unterstützung der Verfassungsbeschwerde des „Bündnisses Bürgerwillen“ vor dem Bundesverfassungsgericht gegen Verschuldung der BRD in Höhe von 750 Milliarden Euro

info@aviadoc.de 02.04.2021, 18:06 (vor 5 Tagen)

an Adressengruppe

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Mann und ich sind Mitkläger des **Bündnisses Bürgerwille e.V.** und dessen „Sprechers der Klägergruppe“ Professor Dr. Bernd Lucke.

Dieses hat nun einen Aufruf an seine Mitkläger herausgegeben, Presseberichten entgegenzutreten, die Falschinformationen über die erhobene Klage vor dem BVerfG verbreiten.

Worum es genau geht, welche Aussagen falsch und welche Aussagen richtig sind, ergibt sich aus dem Anhang.

Wir werden solche Leserbriefe schreiben, sind aber der Auffassung, dass diese unterstützenswerte Aktion auf breitere Füße gestellt werden sollte. Dass sie unterstützenswert ist, erkennt man auch am Abstimmungsverhalten der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: 100,00 Prozent der anwesenden AfD-Abgeordneten haben das Vorhaben abgelehnt

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=717>

Wir bitten Sie, die Klage des Bündnisses Bürgerwille in gleicher Weise durch Leserbriefe zu unterstützen.

Außer eigenen Leserbriefen sollte die Information, wann und wo ein solcher – **inhaltlich unzutreffender** – Artikel erschienen ist, in unseren Verteilerkreisen verbreitet werden, damit auch andere Unterstützungswillige die Gelegenheit bekommen, der Falschinformation in **Form von höflichen, sachlichen Leserbriefen an die jeweilige Redaktion** entgegenzutreten.

Mit freundlichen Grüßen und Wünschen für ein gesundes Osterfest

Karin Zimmermann
Am Hang 19
53819 Neunkirchen-Seelscheid
E-Mail: info@aviadoc.de
02.04.2021

<https://www.bundestag.de/parlament/plenum/abstimmung/abstimmung?id=717>

Namentliche Abstimmung am 25. März 2021 zu „Eigenmittelsystem der EU“

Gesetzentwurf der Bundesregierung: Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz (Drucksachen [19/26821](#) und [19/27901](#))

- [Abstimmungsergebnis](#)

Gesamtergebnis, 708 Mitglieder

- 478 Ja
- 95 Nein
- 72 Enthalten
- 63 Nicht abg.

CDU/CSU

244 Mitglieder

- 214 Ja
- 8 Nein
- 1 Enthalten
- 21 Nicht abg.

SPD

152 Mitglieder

- 139 Ja
- 0 Nein
- 0 Enthalten
- 13 Nicht abg.

AfD

88 Mitglieder

- 0 Ja
- 78 Nein
- 0 Enthalten
- 10 Nicht abg.

FDP

80 Mitglieder

- 61 Ja
- 4 Nein
- 12 Enthalten
- 3 Nicht abg.

Die Linke

69 Mitglieder

- 1 Ja
- 0 Nein
- 59 Enthalten
- 9 Nicht abg.

B90/Grüne

67 Mitglieder

- 62 Ja
- 0 Nein
- 0 Enthalten
- 5 Nicht abg.

fraktionslos

8 Mitglieder

- 1 Ja
- 5 Nein
- 0 Enthalten
- 2 Nicht abg.



<https://buendnis-buergerwille.de/verfassungsbeschwerde-2/>

Pressemitteilung 26.03.2021:

2281 Bürger erheben Verfassungsbeschwerde gegen EU-Schulden

Mehr als 2200 Bürger haben Verfassungsbeschwerde dagegen erhoben, dass Deutschland der EU eine Verschuldung von 750 Mrd. Euro ermöglicht. Der vom gemeinnützigen Verein Bündnis Bürgerwille beauftragte Marburger Staatsrechtsprofessor Hans-Detlef Horn reichte die Klageschrift heute zusammen mit einem Antrag auf einstweilige Anordnung beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ein. Ziel der einstweiligen Anordnung ist es, den Bundespräsidenten an der Ausfertigung des Gesetzes zu hindern, bis über die Verfassungsbeschwerde entschieden ist.

„Die EU ist vertraglich verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen“, erklärte der Vorsitzende von Bündnis Bürgerwille, Ravel Meeth. „750 Mrd. Euro Schuldenfinanzierung sind ein krasser Vertragsbruch.“ Meeth wies auf die Haftungsobergrenzen hin, die vom EU-Rat so hoch angesetzt worden seien, dass die Bundesrepublik Deutschland ggf. für den Gesamtbetrag von 750 Mrd. Euro zuzüglich Zinsen in Anspruch genommen werden könne.

Meeth betonte, dass die Verfassungsbeschwerde nicht die Corona-bedingten Mehrausgaben der EU in Frage stelle. „Wir greifen nicht die Ausgaben an, sondern deren vertragswidrige Finanzierung durch eine Art Eurobonds, für die Deutschland gesamtschuldnerisch haften würde“, sagte Meeth. Nichts sei hingegen dagegen

einzuwenden, wenn jeder Mitgliedsstaat der EU die benötigten Mittel auf eigene Rechnung zur Verfügung stellen würde. „Das wäre der normale vertraglich vorgesehene Weg. Stattdessen missbraucht die Kommission die Corona-Notlage, um endlich die EU verschulden zu können“, kritisierte Meeth.

Zur Führungsgruppe der Beschwerdeführer zählen rund 40 Professoren, viele davon Ökonomen oder Mediziner. Aus der Politik wird die Klage unterstützt von der früheren CDU-Finanzministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Bärbel Nehring-Kleedehn, dem früheren CDU-Finanzstaatssekretär Sighart Nehring, dem früheren Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf-Henkel, und der ehemaligen CDU-Europaabgeordneten Ursula Braun-Moser. Sprecher der Klägergruppe ist der Hamburger Volkswirtschaftsprofessor Bernd Lucke.

Aus der Wissenschaft unterstützen die folgenden Personen die Verfassungsbeschwerde:

Prof. Dr. Bernd Lucke, VWL, (Sprecher)
Prof. Philipp Bagus, Ph. D., VWLPriv-Doz. Dr. Stephan Becher, Medizin
Prof. Dr. iur. Johann Braun, Rechtswissenschaften
Prof. Dr. Ursula Braun-Moser, VWL
Prof. Dr. Detlef Claus, Medizin
Prof. Dr. Jörg Diehl, Psychologie
Prof. Dr. Heike El-Hotabi, Ägyptologie
Prof. Dr. Rolf Eschenburg VWL
Prof. Dr. Sigrun-Heide Filipp, Psychologie
Prof. Dr. Florian Finsterwalder, Ingenieurwissenschaften
Prof. Dr. Ulrich Foerste, Rechtswissenschaften
Prof. Dr. Werner Gaab, VWL
Prof. Dr. Andrea Gubitz, VWL
Prof. em. Dr. Holger Haldenwang, VWL
Prof. Dr. Gerd Hansen, VWL
Prof. Dr.-Ing. E. h. Hans-Olaf Henkel, BWL
Prof. Dr. Helmut Höh, Medizin
Prof. Dr. iur. Holger Knudsen, Rechtswissenschaften
Prof. Dr. Dr. h. c. Ulrich Koester, VWL
Prof. Dr. Walter Krämer, Statistik
Prof. Dr. Dieter Kurth, Ägyptologie
Priv.-Doz. Dr. Gerhard Leder, Medizin
Prof. Dr. Helga Luckenbach, VWL
Prof. Dr. Dirk Meyer, VWL
Prof. Dr.-Ing. E. h. Manfred Nußbaumer, Ingenieurwissenschaften
Prof. Dr. Heinz Preuße, VWL
Prof. Dr. Karl-Klaus Pullig, BWL
Prof. Dr. Hans-Georg Purwins, Physik
Prof. Dr.-Ing. Joachim Sartor, Ingenieurwissenschaften
Prof. Dr. Holger Schiele, BWL
Prof. Dipl. Kfm. Ludwig-Wilhelm Schleiter, BWL
Prof. Dr. oec. André Schmidt, VWL
Prof. Dr. Dieter Schmidtchen, VWL
Prof. Dr. Adolf Schreiner, Informatik
Prof. Dr. Alfred Schüller, VWL
Prof. Dr. Peter Schulze, VWL
Prof. Dr. Dr. h. c. Joachim Starbatty, VWL

Prof. Dr. Roland Vaubel, VWL
Prof. Dr. Otto Wiese, BWL
Prof. Dr. Heinrich Wokalek, Medizin

Kontakt:
Ravel Meeth
Vorstand Bündnis Bürgerwille e. V.
info@buendnis-buergerwille.de

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitkläger,

01.04.2021

Sie haben sicherlich beobachtet, dass unser kleiner Erfolg am vergangenen Freitag vor dem Verfassungsgericht zu teilweise hysterischen Reaktionen in der Presse geführt hat. Ob absichtlich oder nicht: Es wird ein medialer Druck auf die Verfassungsrichter aufgebaut, nur ja nicht in unserem Sinne zu entscheiden.

Wenn Ihnen solche Berichterstattung auffällt, wäre es unserer Sache sehr förderlich, wenn Sie höfliche, sachliche Leserbriefe an die zuständige Redaktion schreiben würden. Im Folgenden einige Falschinformationen, die verbreitet werden und Vorschläge, wie Sie diese richtig stellen können.

- **Falsch:** Die Kläger verhindern den „Wiederaufbau“ nach der Pandemie.
Richtig: Wir klagen nicht gegen den „Wiederaufbau“, sondern gegen dessen Finanzierung durch Eurobonds.
- **Falsch:** Die gemeinsame Verschuldung durch Eurobonds ist gut für Europa.
Richtig: Die gemeinsame Verschuldung ist schlecht für Europa. Denn der Austritt aus der EU wird attraktiver, wenn man dadurch zugleich auch den Schuldenberg der EU loswird.
- **Falsch:** Die Finanzierung durch Eurobonds (gemeinsame Verschuldung, gemeinsame Haftung) ist alternativlos.
Richtig: Die naheliegende Alternative ist eine Finanzierung durch normale Staatsanleihen - jeder Staat auf eigene Rechnung und Verantwortung.
- **Falsch:** Wir brauchen Eurobonds, um europäische Solidarität zu zeigen.
Richtig: Man kann europäische Solidarität auch zeigen, indem wirtschaftlich stärkere Staaten mehr Mittel beisteuern als schwache Staaten.
- **Falsch:** Eine gemeinsame Geldpolitik erfordert eine gemeinsame Fiskalpolitik (Fiskalunion).
Richtig: Dass die gemeinsame Geldpolitik nicht gut klappt, bedeutet nicht, dass eine gemeinsame Fiskalpolitik irgendwie besser klappen würde.

- **Falsch:** Das Bundesverfassungsgericht akzeptiert nicht, dass der EuGH für europäisches Recht zuständig ist.
Richtig: Das BVerfG akzeptiert das sehr wohl. Aber es wacht über das Grundgesetz. Der EuGH ist nicht für das Grundgesetz zuständig. Das Grundgesetz verbietet es, dass deutsche Verfassungsorgane Rechtsbrüchen auf europäischer Ebene zustimmen.
- **Falsch:** Die Eurobonds sind zulässig, weil Bundestag und Bundesrat in demokratischer Abstimmung zugestimmt haben.
Richtig: Das Demokratiegebot des Grundgesetzes verbietet es, den Bundeshaushalt mit unkalkulierbaren Risiken zu belasten, die nicht mehr der demokratischen Kontrolle des Bundestages unterliegen. Das ist bei Eurobonds der Fall, weil unkalkulierbare Ausfallrisiken entstehen, wenn andere Staaten ihre Staatsausgaben nicht im Griff haben.
- **Falsch:** Die Eurobonds sind nur eine einmalige Entscheidung aufgrund der gegenwärtigen Notlage. (Die CDU/CSU-Position).
Richtig: Die SPD-Position: Wenn die Tür einmal auf ist (übrigens bis zum Jahr 2058!), kriegt man sie nicht mehr zu. Finanzminister Scholz und „Europaminister“ Roth haben die gemeinsamen Schulden ausdrücklich als Einstieg in die Fiskalunion gelobt. Wenn es der Union ernst wäre, müsste sie die Koalition beenden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitkläger,

unterschätzen Sie bitte nicht den Meinungsdruck, der aufgebaut wird. Er geht auch an den Richtern nicht vorbei. Deshalb ist es wichtig, dass Sie durch Leserzuschriften dagegenhalten! Das ist unsere Stärke, denn wir sind deutlich mehr als 2000 potentielle Leserbriefschreiber. Nur dürfen wir uns nicht zurücklehnen und hoffen, dass es jemand anders schon tun wird.

Nehmen Sie sich bitte ein paar Minuten und schreiben Sie einen Leserbrief, wenn Sie irgendwo unangemessene Berichterstattung sehen oder in den letzten Tagen gesehen haben. Das kann durchaus kurz und pointiert sein - Sie müssen nicht alles richtigstellen, was falsch berichtet wurde. Wichtig ist aber, dass Sie frei formulieren! Bitte übernehmen Sie auf keinen Fall wörtlich meine Formulierungen. Es wäre kontraproduktiv, wenn die Redaktionen den Eindruck bekommen, dass sie Opfer einer Kampagne werden.

Haben Sie herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Mit den besten Wünschen für frohe und gesegnete Osterfeiertage,

Prof. Dr. Bernd Lucke (für die Beschwerdeführer)

Ravel Meeth (Vorsitzender Bündnis Bürgerwille)

Dr. Michaela Bach (Stellvertretende Vorsitzende)

Dr. Hans-Hermann Schreier (Schatzmeister)

<https://buendnis-buergerwille.de/>